

Neuerungen im Schulwesen

Aus dem gleichen Geist wurde dem Volksschulwesen erhöhte Bedeutung zugemessen; aber das erzbischöfliche Ordinariat erhob abermals Forderungen. Der Präsident des Ministeriums des Innern, Staatsrat Lamey, wies die Forderungen klar zurück. Der Geistliche war nämlich nicht mehr Vorsitzender des Ortsschulrats; er erhielt neben dem Bürgermeister und Lehrer, wie alle übrigen, nur eine Stimme. Zugleich wurde die Schulaufsicht neu geordnet, es wurden Kreisschulräte eingesetzt, die dem Oberschulrat verantwortlich waren. Ende 1864 waren bereits 1679 Ortsschulräte gebildet; 89 Schulgemeinden hatten sich unter dem Einfluß der Kurie geweigert. 1871 gab endlich die Kurie nach, weil die Regierung erklärte, daß sie einen Rechtsanspruch der Kirche auf Mitleitung des öffentlichen Schulwesens nicht anerkenne.

Von Schleswig-Holstein bis zur Auflösung des „Deutschen Bundes“

Bedenklich hatten sich die Gegensätze Preußens und Österreichs wegen Schleswig-Holstein entwickelt. Preußen besetzte Holstein, um den Hafen Kiel zu erhalten und den schon längst ersehnten Kanal von der Ost- zur Nordsee bauen zu können und so dem Schiffsverkehr den gefährlichen Weg um Kap Skagen zu ersparen. Österreich wollte die Entscheidung dem Bundestag überlassen. Daraufhin erklärte Preußen den Bund für aufgelöst. Der Krieg zwischen Preußen, Österreich und den süddeutschen und mitteldeutschen Bundesländern war unvermeidlich geworden. In diesen Strudel wurde auch Baden mit hineingerissen.

Unter den Schlägen in Böhmen und der Entscheidung von Königgrätz am 3. Juli 1866 waren die Gefechte der Hannoveraner, die kapitulierten, und der Badener, Württemberger und Bayern an der Mainlinie, wo sie geschlagen wurden, zu Episoden herabgesunken. Ihre Vereinigung war nicht gelungen, da der Kommandierende der preußischen Mainarmee und seine Offiziere, zu selbständigem Handeln erzogen, schnell, entschlossen und zielbewußt angriffen. Der Erfolg fiel ihnen zu. Frankfurt, die Bundeshauptstadt, wurde besetzt und verlor ihre Selbständigkeit. Der „Deutsche Bund“ war aufgelöst; der „Deutsche Krieg“ — so wird dieser Waffengang von 1866 genannt — hatte zu seinem Ende geführt. Österreich schied sich von da an ab, verlor aber kein Gebiet, da Bismarck voraussah, daß er eines Tages Österreich zu einem Bundesverhältnis nötig habe, um den Frieden in Mitteleuropa zu erhalten.

Eine Vorstufe hierzu war das Zollparlament des Jahres 1868; seine Abgeordneten wurden in der Sicht auf das Reich gewählt. Der frühere badische Minister Freiherr Franz von Roggenbach war dazu aus der Wahl hervorgegangen.

Der deutsch-französische Krieg 1870/71

Statt des angesagten großen Manövers zwischen Freiburg und Lörrach entwickelte sich aus den drohenden Wetterwolken im Westen der Krieg von 1870/71. Das Gestade des Rheins wurde sogleich von Wachmannschaften besetzt, denen von Karlsruhe die Gewehre zugingen. Die Müllheimer Mannschaft stand bei Neuenburg. Rasch folgten die Siegesnachrichten von Weißenburg und Wörth und der 3 Schlachten um Metz.